



**UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN**

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen**

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und  
Forschung**

**Ratingen [u.a.], 1971**

Abteilung für Heilpädagogik

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8193**

denden personellen Umbesetzungen und organisatorischen Verlagerungen nur im Benehmen mit den betroffenen Personen bzw. Fachbereichen vornehmen können (3.3, Abs. 4; 3.4, Abs. 4).

Die angemessene Vertretung der Abteilungen im Senat soll nicht von der derzeitigen Größe der einzelnen Hochschuleinrichtungen abhängen.

3. Für eine angemessene Vertretung im Gründungssenat der GHS Wuppertal schlagen wir die halbpäritätische Besetzung durch Vertreter der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule vor.

## **Pädagogische Hochschule Rheinland**

## **Abteilung für Heilpädagogik**

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat in der Öffentlichkeit Stellungnahmen zur Konzeption und Errichtung von Gesamthochschulen in so progressiver Weise mitgeteilt, daß wir unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen möchten, die von ihm bisher vertretenen Konzeptionen in den Thesen kaum wiederzuerkennen. Im einzelnen ist anzumerken:

### *Zu 1.1*

Die durch die Neueinrichtung weiterer Hochschulen sich abzeichnende „Regionalisierung“ darf keinesfalls eine Zentralverteilung der Studienplätze bedeuten. Es muß jedem Studierenden die freie Wahl des Studienganges und des Studienortes vorbehalten bleiben.

Eine spontane, nicht reglementierte „Regionalisierung“ in bisher unterversorgten Teilen des Landes setzt den Ausbau des primären und sekundären Bildungsbereiches voraus. Die Neueinrichtung von Integrierten Gesamthochschulen unter regionalem Aspekt darf kein Vorwand für die Unterlassung der Verbesserung von Studienbedingungen (Ausstattung, Zahl der Studienplätze, Verhältnis von Lehrenden – Studierenden etc.) an bestehenden Hochschulen sein.

Die Neueinrichtungen von Integrierten Gesamthochschulen muß zu einer realen und erheblichen Erhöhung der Anzahl an Studienplätzen führen.

### *Zu 1.2*

Die genannten Kriterien für eine Integrierte Gesamthochschule lassen eine klare Zielvorstellung nicht erkennen und geben in ihrer Einseitigkeit und Unvollständigkeit Raum für Fehlinterpretationen und Fehlentwicklungen.

Es ist festzustellen, daß unter der Teilüberschrift „Integrierte Gesamthochschule“ Aspekte möglicher Integrationsformen völlig fehlen. Dadurch entbehren die vom Minister angekündigten Maßnahmen zur Integration von Hochschulen zur „Integrierten Gesamthochschule“ – jedenfalls nach den vorliegenden Thesen – grundlegender Zielvorstellungen.

### *Zu 2.1*

Die hier vorgeschlagene Form der Bildung eines Beirats und der Studienreformkommission (s. 3.4: „vom Minister eingesetzt“) widerspricht den Grundregeln eines demokratischen Bildungswesens und schafft dem Dirigismus einer Ministerialbürokratie uneingeschränkte Wirkungsmöglichkeiten in sachfremden Bereichen.

Die Mitglieder des Beirates sind zu wählen nach einem Modus, der vom Minister vorgeschlagen und von Hochschulgremien (eigens als Wahlgremien konstituiert, paritätisch zusammengesetzt aus Hochschullehrern, Mittelbau und Studenten) bestätigt werden muß.

Der Beirat erarbeitet anhand der von ihm erstellten Zielvorstellungen eine inhaltliche und organisatorische Konzeption der Integrierten Gesamthochschule. Diese Konzeption ist Grundlage der Reform aller Studiengänge und der Entwürfe für neue Studiengänge.

Die Detailplanung von Studiengängen liegt in Händen von Ausschüssen.

Jedem Ausschuss müssen Mitglieder des Beirates angehören und zwar in paritätischer Vertretung der Hochschulgruppen. Für die gleiche Anzahl weiterer Vertreter derselben Zusammensetzung gilt ein Wahlmodus, der dem für den Beirat entspricht.

Dem Beirat obliegt die begleitende Diskussion der Ergebnisse. Zu diesem Zweck hat er die Aufgabe, die Ergebnisse der einzelnen Ausschüsse allen Mitgliedern und den übrigen Ausschüssen wie den entsprechenden Fachbereichskonferenzen bekanntzumachen und deren Stellungnahmen erneut zu bearbeiten, um einen Consensus zwischen Planern und Fachvertretern zu garantieren.

#### *Zu 2.2*

Es erscheint uns als grobe Vernachlässigung der oben angedeuteten Planungsarbeit, wenn hier vor einem notwendigen Minimum an konkretisierten Zielvorstellungen bereits organisatorische Entscheidungen gefällt werden. Aus diesem Grunde sind die in 3.3 vorgesehenen Übergangsregelungen abzulehnen.

In Anlage 1 fehlen die Abteilungen für Heilpädagogik in Köln und Dortmund.

Es ist skandalös, daß Hochschuleinrichtungen des Landes im Ministerium für Wissenschaft und Forschung ignoriert werden.

#### *Zu 3*

Es erscheint uns als indiskutabel über Organisationsformen als Übergangslösungen zu sprechen, solange konkrete Zielvorstellungen zur Integration fehlen.

#### *Zu 3.1*

Die eingebrachten akademischen Rechte müssen erhalten bleiben (z. B. in Pädagogischen Hochschulen: Diplom, Promotion und Habilitation).

#### *Zu 3.2*

Ihrem jetzigen Status entsprechend werden die Abteilungen für Heilpädagogik im Rahmen der Übergangslösung Abteilungen der jeweiligen Gesamthochschule analog zur Regelung für die übrigen Abteilungen der Pädagogischen Hochschulen.

#### *Zu 3.3*

Die hier vorgeschlagenen additiven Lösungen für die Übergangszeit sind nicht dazu angetan, den Integrationsprozeß vorzubereiten. Andere Maßnahmen, z. B. Anpassung der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen an die Universitäten hinsichtlich ihrer personellen und materiellen Ausstattung wären eher dazu geeignet.

#### *Zu 3.6*

Da Zielvorstellungen und inhaltliche Studienreformen noch fehlen, können die beabsichtigten fünf neuen „Gesamthochschulen“ lediglich als Hochschulen bezeichnet werden.

Zu ihrer Einrichtung sind paritätisch besetzte Gründungssenate zu bilden.

Zurückblickend sei gesagt, daß der Begriff der Gesamthochschule, an den hohe Erwartungen geknüpft sind, weder durch übereilte Kompromißlösungen und Halbheiten, noch durch die Tatsache, daß er nur nominell für ein additives Gebilde steht, entwertet werden sollte, bevor eine umfassende Planung hinsichtlich der Integrationsmöglichkeiten und der konkretisierenden Zielvorstellungen auch nur begonnen hat.